
29.05.2004 - Spectrum / Zeichen der Zeit

Runter mit der Brille!

Von Stephan Schulmeister

Im neoliberalen Mainstream hat sie derzeit einen schweren Stand: die "soziale Marktwirtschaft". Dennoch, in der erweiterten EU gehört ihr die Zukunft. Für eine "europäische Identität" wird es nämlich nicht getan sein mit dem Euro und der "Ode an die Freude".

Vom Ende der Fünfziger- bis zur Mitte der Siebzigerjahre war die soziale Marktwirtschaft das prägende Leitbild der westeuropäischen Gesellschaften. Dieses Leitbild wurde ab Mitte der Siebzigerjahre bei Politikern und Intellektuellen allmählich abgelöst vom Neoliberalismus, also vom US-amerikanischen Wirtschaftsmodell. Die markantesten Unterschiede zwischen den beiden Modellen lassen sich aus der Geschichte der beiden Gesellschaften begreifen.

Die Geschichte der Vereinigten Staaten ist eine Geschichte der Einwanderer, der Abenteurer und Eroberer, der individuellen "Helden", sei es als Cowboys, Unternehmer, als Finanzspekulant, Politiker. Entsprechend hoch sind der Rang des Individualismus ("Jeder ist seines Glückes Schmied") und die räumliche, soziale, berufliche Mobilität der Einzelnen. Die Organisation von Arbeitnehmerinteressen spielt eine geringe Rolle.

In den europäischen Gesellschaften prägte hingegen die Eingebundenheit in Verbänden das Leben, sei es im Rahmen der Grundherrschaft, der Zünfte, der Städte oder Staaten, wobei zwischen jenen "oben" und jenen "unten" wechselseitige Rechte und Pflichten bestanden. Diese Tradition führte nach der industriellen Revolution einerseits zur Organisation der Arbeiterinteressen in Form von Parteien und Gewerkschaften und andererseits dazu, dass der ("Vater") Staat Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer vor den "ungebändigten" Märkten und Unternehmern ergriff: Sozialversicherung, Kündigungsschutz, Regulierungen des Wohnungsmarkts prägten die gesellschaftliche Entwicklung - nicht individuelle "charity" sollte soziale Not mildern, sondern das "System Politik", und zwar auch nach den Konzepten konservativer Regierungen (Bismarck) oder auch der christlichen Kirchen ("Katholische Soziallehre").

Mit der Verschärfung der "sozialen Frage" und damit der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit ging jene Ideologie in die Offensive, welche den Menschen nur als gesellschaftliches Wesen betrachtet: der Sozialismus. Dem setzten die Vermögenden ihre Ideologie entgegen, welche den Menschen nur als Individuum betrachtet: den Liberalismus. Sowohl Weltwirtschaftskrise als auch Faschismus waren vom Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit geprägt: In der Weltwirtschaftskrise prallten die Klassengegensätze aufeinander, im Faschismus wurden sie in der "Volksgemeinschaft" zwangsweise "integriert".

Auf Grund dieser Erfahrungen - sowie des kommunistischen Vordringens - wurde in Westeuropa nach 1945 das "europäische Modell" in Gestalt der sozialen Marktwirtschaft realisiert: Der Grundkonflikt zwischen Arbeit und Kapital sollte durch die Dynamik einer vom Staat beziehungsweise vom "System Politik" regulierten "sozialen" Marktwirtschaft integriert werden (dass die tatsächlich realisierte soziale Marktwirtschaft mit einem umfassenden Ausbau des Sozialstaats verbunden war, entsprach freilich nicht den - neoliberal orientierten - Erfindern und Förderern dieses Begriffs wie Alfred Müller-Armack oder Ludwig Erhard).

Überdies sollten Auseinandersetzungen in den Arbeitsbeziehungen durch die Verbände der

Unternehmer und Arbeitnehmer ausgetragen werden ("Sozialpartnerschaft" und "Rheinischer Kapitalismus"). Im europäischen Modell werden somit das "Steuerungssystem Markt und Unternehmen" und das "Steuerungssystem Politik und Staat" nicht als gegensätzlich begriffen, vielmehr als einander ergänzend: Aufgabe der Märkte und Unternehmen ist es, Investition, Produktion und Handel privater Güter effizient zu organisieren; der Staat wiederum setzt die "Spielregeln", er dämpft die Konjunkturschwankungen durch eine antizyklische Fiskal- und Geldpolitik, verbessert die Wachstumsbedingungen durch Ausbau der Infrastruktur und sorgt für sozialen Ausgleich. Dementsprechend sind Vollbeschäftigung und eine relativ gleichmäßige Einkommensverteilung konstitutive Ziele des europäischen Modells. Der Staat greift insbesondere in drei Bereichen in die Marktprozesse ein, um die Ungleichheit in den Entfaltungschancen und Lebensbedingungen zu mildern: im Bildungswesen; in der Regulierung des Arbeitsmarkts (vor allem durch den Arbeitnehmerschutz); beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (durch die Sozialversicherung für den Fall von Unfall und Krankheit, Arbeitslosigkeit sowie für den Ruhestand). - In diesen Bereichen unterscheidet sich das europäische Modell besonders markant vom amerikanischen Modell, in dem das Bildungswesen überwiegend privatwirtschaftlich organisiert ist, in dem es keinen Arbeitnehmerschutz gibt ("hire and fire") und die staatliche Absicherung bei Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Pensionierung wenig entwickelt ist.

Entsprechend der Komplementarität von Markt und Staat ist das europäische Modell hinsichtlich der Interaktion der Akteure durch eine Kombination von Konkurrenz und Kooperation gekennzeichnet, Letztere insbesondere in und zwischen den Interessenverbänden. Im amerikanischen "Laissez-faire"-Modell dominiert hingegen das Prinzip der Konkurrenz von Individuen, deren Zusammenwirken nach neoliberalerem Kredo gleichzeitig auch das soziale Optimum gewährleistet. Anders ausgedrückt: Das europäische Modell berücksichtigt die "duale" Existenz des Menschen als individuelles und soziales Wesen in höherem Maß als das stärker vom Individualismus geprägte amerikanische Modell.

Die Attraktivität und damit auch Identitätsstiftung der sozialen Marktwirtschaft in Europa war nicht nur eine Folge der vorangegangenen Klassenkämpfe, der Weltwirtschaftskrise und des Faschismus sowie der kommunistischen Bedrohung nach 1945, sondern auch der Tatsache, dass in diesem Gesellschaftskonzept wesentliche Elemente jener zwei Ideologien enthalten sind, welche die beiden wichtigsten politischen Lager prägten: Reformismus der Sozialdemokratie und Soziallehre der christlichen Kirchen. In den Jahrzehnten nach dem Krieg zeigte das europäische Modell nach allen wesentlichen Kriterien wie Wachstumstempo, Realkapitalbildung, Beschäftigungsniveau, Preisstabilität und Einkommensverteilung eine bessere Performance als das US-amerikanische Modell. Die wichtigste Ursache dafür bestand in der Kohärenz des Modells der sozialen Marktwirtschaft mit den makroökonomischen Rahmenbedingungen des Realkapitalismus; Letztere lenkten durch feste Wechselkurse, durch stabile Rohstoffpreise sowie durch niedrige, unter der Wachstumsrate liegende Zinssätze das unternehmerische Gewinnstreben auf langfristig orientierte Investitionen und Innovationen auf Gütermärkten; kurzfristige Spekulation auf den Finanzmärkten blieb hingegen unattraktiv.

Paradoxe Weise hat gerade der Erfolg der europäischen Modells sein politisches Fundament - den "großen Konsens" zwischen Arbeit und Kapital - unterminiert: Unter der Bedingung anhaltender Vollbeschäftigung begannen die Gewerkschaften in den Sechzigerjahren, neue Forderungen zu stellen. Mitte der Sechzigerjahre begann die Streikfähigkeit sprunghaft zuzunehmen, unter diesem Druck gelang es den Gewerkschaften, ihre Forderungen zu einem erheblichen Teil durchzusetzen. 1968 drängte die Studentenbewegung, wenig später die Ökologiebewegung die Unternehmerschaft in die gesellschaftspolitische Defensive.

In dieser Lage nahm die Bereitschaft der Unternehmer zu, jene Theorie (wieder) zu akzeptieren, welche den Wohlfahrtsstaat selbst als das "Grundübel" ansieht; der Neoliberalismus im neuen Gewand des Monetarismus wurde allmählich wieder attraktiv. Schon 1968 schaffte Milton Friedmans monetaristische Theorie den Durchbruch auf

akademischem Boden. Ihre Forderungen nach einer Liberalisierung aller Finanzmärkte, nach einer Bindung der Geld- und Fiskalpolitik an feste Budget- und Geldmengenregeln, aber auch nach Rückbau des Sozialstaats und nach einer Abkehr von jeder Vollbeschäftigungspolitik trugen wesentlich zu einem schrittweisen Übergang von realkapitalistischen zu finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen bei. Dementsprechend beschränkte sich die Wirtschaftspolitik immer mehr auf die Ziele von Geldwertstabilität und staatlicher Haushaltsdisziplin (genuine Interessen des Finanzkapitals).

Diese neoliberalen Rezepte änderten die makroökonomischen Rahmenbedingungen fundamental: Die Aufgabe fester Wechselkurse führte zu enormer Instabilität der Währungen, insbesondere des Dollars, seine Entwertung 1971/73 und 1977/79 trug wesentlich zu den beiden "Ölpreisschocks" 1973 sowie 1979 und den nachfolgenden Rezessionen bei. Der Wechsel der wichtigsten Notenbanken zu einer monetaristischen Hochzinspolitik 1979/80 führte dazu, dass der Zinssatz seither permanent über der Wachstumsrate liegt, was die reale Investitionsdynamik nachhaltig dämpfte. Schließlich schufen Finanzinnovationen, insbesondere die Derivate, immer mehr Möglichkeiten für kurzfristige Spekulation.

Alle diese Entwicklungen lenkten den "Vermehrungsdrang" des Kapitals von realwirtschaftlichen Aktivitäten zu Finanzveranlagung und -spekulation, denn einerseits machten die Schwankungen von Wechselkursen und Rohstoffpreisen sowie das hohe Zinsniveau realwirtschaftliche Aktivitäten unsicherer und teurer, andererseits erhöhten genau diese Entwicklungen die Chancen von Spekulation und Veranlagung auf den Finanzmärkten. Dieser Systemwechsel vom Realkapitalismus zum Finanzkapitalismus ist die wichtigste Ursache für die nachhaltige Dämpfung des Wirtschaftswachstums seit Anfang der Siebzigerjahre. Der daraus resultierende Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung ließ wiederum den Abbau des Sozialstaats und damit die Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft als "Sachzwang" erscheinen. Die Beschädigung des europäischen Modells durch die Offensive des Neoliberalismus - die "Theorie der reichen Leute" - ist deshalb nicht auf eine wachsende Popularität seiner Forderungen zurückzuführen, sondern erfolgte durch die Hintertür einer Entfesselung der Finanzmärkte: Auf diese Weise wurden Bedingungen geschaffen, die einen Sozialabbau als unvermeidlich erscheinen lassen.

Der Übergang von real- zu finanzkapitalistischen Systembedingungen verursachte in Europa einen wesentlich stärkeren Bruch in der gesellschaftlichen Entwicklung als in den USA; denn erstens lassen sich die in Jahrzehnten aufgebauten Institutionen des Sozialstaats nicht so einfach abbauen, zweitens setzt ihre Bewahrung ein kräftiges Wirtschaftswachstum voraus - und damit realkapitalistische Rahmenbedingungen.

Da der Staat im europäischen Modell mehr Aufgaben übernommen hat als in den USA, ließen die Halbierung der Wachstumsrate und der permanent darüber liegende Zinssatz die Staatsschulden rascher steigen als die Gesamtproduktion (BIP). Gleichzeitig bewirkte die stetige Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte, dass die Arbeitsproduktivität in Europa langfristig stärker stieg als in den USA; überdies schränkten auch die arbeitsrechtlichen Bestimmungen das Entstehen von Niedriglohnarbeitsmärkten ein. Unter diesen für das europäische Modell typischen Bedingungen verhinderte die nachhaltige Wachstumsdämpfung jede Beschäftigungsausweitung. - In den USA trugen das hohe Angebot an relativ schlecht qualifizierten Arbeitskräften, die geringen Arbeitslosenunterstützungen und das "Hire-and-fire"-Prinzip dazu bei, dass sich Beschäftigung und Produktion bei abgeschwächtem Wachstum zu den traditionellen Dienstleistungen mit niedriger Produktivität verlagerten (Handel, Gastgewerbe, Gesundheitswesen oder persönliche Dienste): In diesen Bereichen entstanden die meisten Jobs, sie wurden jedoch so schlecht bezahlt, dass immer mehr Arbeitnehmer unter die Armutsgrenze fielen ("working poor").

Seit Anfang der Neunzigerjahre haben sich überdies die makroökonomischen Rahmenbedingungen in den USA markant verbessert, die Niedrigzinspolitik, der unterbewertete Dollarkurs und eine extrem antizyklische (keynesianische) Budgetpolitik förderten (wieder) Aktivitäten auf den Gütermärkten, vor allem Investitionen und Export.

Die Praxis der Wirtschaftspolitik hatte sich nämlich von der neoliberalen Doktrin abgewandt, namentlich auch von jeglicher Regelbindung der Wirtschaftspolitik, und folgt seither einem "eigen-nützlichen" Pragmatismus.

Dieser Kurswechsel zeigte sich in jüngster Zeit besonders markant: Seit dem Einsetzen der Konjunkturabschwächung im Jahr 2000 hat die Geldpolitik in den USA die Zinsen stärker gesenkt und die Fiskalpolitik das Budgetdefizit stärker erhöht als je zuvor. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit wurde überdies die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld in den USA um 50 Prozent ausgeweitet.

Die EU übernahm das Konzept einer Regelbindung der Politik gerade zu dem Zeitpunkt, als diese in den USA verworfen wurde: Ende der Achtzigerjahre wurden die Maastricht-Kriterien als Bindung der Fiskalpolitik konzipiert, wenig später kam das Statut des Europäischen Währungsinstituts beziehungsweise der EZB als Bindung der Geldpolitik. Entsprechend der monetaristischen Doktrin wurde seit Anfang der Neunzigerjahre auf eine aktiv-antizyklische Wirtschaftspolitik verzichtet, das Wachstum wurde überdies durch Sparpolitik und ein im Vergleich zum Wachstumstempo zu hohes Zinsniveau gedämpft. Die Passivität der Wirtschaftspolitik trug maßgeblich dazu bei, dass die Wirtschaft der EU nach dem Konjunkturereinbruch im Jahr 2001 in die längste Stagnationsphase der Nachkriegszeit schlitterte. Dies ließ die Arbeitslosigkeit steigen, die Steuereinnahmen wurden gedämpft, und die Budgetdefizite weiteten sich aus (nicht trotz, sondern wegen der Sparpolitik).

Alle diese Entwicklungen schwächten die gesellschaftliche Kohärenz in Europa; ökonomisch findet dies seinen markantesten Ausdruck in der Massenarbeitslosigkeit, sozial in wachsender Entsolidarisierung sowie politisch in einem hohen Stimmenanteil rechtspopulistischer Protestparteien.

Betrachtet ein Ökonom, Politiker oder Journalist die Hauptprobleme in Europa mit neoliberaler Brille, so werden vorweg all jene Entwicklungen als Krisenursachen ausgeblendet, welche auf "freien" Märkten stattfinden (weil nicht sein kann, was nicht sein darf). Daraus folgt: Die Entwicklungen auf Aktien-, Devisen- oder Rohstoffmärkten scheiden als Krisenursache aus. Vielmehr wird ein neoliberaler Diagnostiker sein Augenmerk auf sozialstaatliche Einrichtungen als Krisenursachen einschränken sowie auf "unfreie" (regulierte) Märkte wie den Arbeitsmarkt.

Diese selektive Wahrnehmung bedeutet, dass Ökonomen und Politiker des neoliberalen Mainstreams wesentliche Ursachen der gegenwärtigen Lage in der EU nicht begreifen können:

[*] Die Dämpfung der Realinvestitionen ist in erster Linie eine Folge des Zusammenbruchs der Aktienkurse: Viele (große) Unternehmen haben im (finanzkapitalistischen) Aktienboom selbst Aktien statt Realkapital erworben.

[*] Die starke Aufwertung des Euro dämpfte die Exporte - und damit indirekt auch die Investitionsbereitschaft.

[*] Der Anstieg des Ölpreises hat die Wachstumsaussichten in den Industrieländern zusätzlich verschlechtert, nicht zuletzt infolge destabilisierender Spekulation.

[*] Die Sparpolitik, vor allem im Sozialbereich, verunsicherte die Konsumenten und schwächte ihre Ausgabenbereitschaft.

Da die wichtigsten Krisenursachen mit neoliberaler Brille nicht wahrgenommen werden können, reagiert die Wirtschaftspolitik mit einem "more of the same": Neoliberale Symptomkuren und Wirtschaftskrise bilden einen Regelkreis, der erst durch eine massive Verschlechterung der Lage durchbrochen werden kann. Dafür ist auch jene "kognitive Dissonanz" maßgeblich, welcher sich die neoliberalen Politiker und Intellektuellen aussetzen müssten, wenn sie ihre "Weltanschauung" und deren Folgen konkret in Zweifel ziehen.

Wenn es etwa in Deutschland demnächst zu massiven Kürzungen der Arbeitslosenunterstützungen, zur Ausweitung der Selbstbehalte im Gesundheitswesen, zu Pensionskürzungen und zu Lockerungen des Kündigungsschutzes kommt, wird dies das Wirtschaftswachstum weiter dämpfen und die Zahl der Arbeitslosen gegen fünf Millionen steigen lassen.

Je länger dieses negative Feedback von neoliberaler Symptomkur und Verschlechterung der Wirtschaftslage wirksam ist, desto stärker wird sich (auch) in Europa der Zweifel am Weltbild des Neoliberalismus erheben. Mehrere Entwicklungen werden diesen Prozess einer Umorientierung begünstigen:

[*] Der Erfolg der pragmatisch-keynesianischen Geld- und Fiskalpolitik in den USA im Vergleich zum Gürtel-enger-Schnallen in der EU wird neoliberale Wirtschaftspolitik in Misskredit bringen, besonders die Regelbindung der Geld- und Fiskalpolitik.

[*] Die anhaltende Instabilität der Aktien-, Devisen- und Rohstoffmärkte wird die Aufmerksamkeit zunehmend auf die Finanzmärkte als "Krisenherde" lenken.

[*] Die Marginalisierung einer wachsenden Zahl von Bürgern durch Arbeitslosigkeit und Verarmung wird das Bedürfnis nach sozialem Zusammenhalt zunehmen lassen, das in den europäischen Gesellschaften einen höheren Rang hat als in den USA.

[*] Das gesellschaftliche "Langzeitgedächtnis" wird wieder in Erinnerung bringen, dass die Performance Europas in der Periode der sozialen Marktwirtschaft ungleich besser ausgefallen ist als im zunehmend neoliberalen Zeitalter der vergangenen 20 Jahre, ausdrücklich auch im Vergleich zu den USA.

[*] Schließlich benötigt der Zusammenhalt in der (erweiterten) Europäischen Union mehr als den Euro und die "Ode an die Freude". Als Fundament einer "europäischen Identität" ist das europäische Sozialmodell doppelt geeignet: Es integriert Elemente der unterschiedlichsten Gesellschaftsmodelle der europäischen Geschichte (vom "Manchester-Liberalismus" bis zum "realen Sozialismus") und markiert zugleich die Unterschiede zwischen dem europäischen und dem US-amerikanischen "way of life in society".

Bis - und damit überhaupt - dies möglich wird, muss der Zweifel am Alten umschlagen in das Entwickeln von Neuem. Dazu wird sich die Krise noch verschärfen müssen - und darauf ist Verlass. [*]

© diepresse.com | Wien